

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Bezugspreis der „Ameise“ beträgt für In- u. Auslands-
bezieher 1 Goldmark monatlich
Redakt., Exped. u. Verl.: Charlottenburg, Brahestr. 2-5.
• Fernrufnummern: Berlin Amt Wilhelm 4952 und 8649. •

Jammer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden
***** Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an *****

Inserate: Zellenpreis 1 mm hoch, 45 mm breit 10 Pf. Bei
Arbeitsmarktanzeigen 30% Rabatt. Inseratengröße angeben,
Betrag vorher einsehen. Für Mitglieder Arbeitsmarkt frei.
Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg.

An die Mitglieder der Verbände der Fabrik-, Glas- und Porzellanarbeiter!

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Nachdem die Mitglieder des Glasarbeiterverbandes auf ihrem Verbandstage und die Mitglieder des Porzellanarbeiterverbandes in einer Abstimmung die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und die Bildung eines keramischen Bundes innerhalb dieses Verbandes beschlossen haben, treten beide Beschlüsse am 1. August 1926 in Kraft.

Mit diesem Tage beenden die Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter ihre selbständige Gewerkschaftsarbeit und setzen sie nunmehr in der angewohnten, energischen Weise im Rahmen des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands fort. Sie werden mit den keramischen Gruppen des Fabrikarbeiterverbandes zu dem „Keramischen Bund“ vereint. Sitz dieser Abteilung des Fabrikarbeiterverbandes ist das bisherige Verbandsbüro des Porzellanarbeiterverbandes in Berlin-Charlottenburg, Brahestraße 2/5.

Ihre Leitung, die gleichzeitig auch die Leitung des „Keramischen Bundes“ ist, setzt sich folgendermaßen zusammen: 1. Vorsitzender: Kollege Georg Wollmann vom Porzellanarbeiterverband; 2. Vorsitzender: Kollege Emil Girbig vom Glasarbeiterverband.

An der Spitze der Branchenleitungen stehen die Kollegen: Luise Apel vom Porzellanarbeiterverband, Emil Girbig vom Glasarbeiterverband, Max Elner vom Fabrikarbeiterverband. Ihnen stehen in der Leitung der Geschäfte als Branchensekretäre zur Seite: die Kollegen Hermann Grünzel und Martin Krebs vom Glasarbeiterverband, Albin Stark vom Porzellanarbeiterverband, Wilhelm Meißner vom Fabrikarbeiterverband. Schriftleiter der Bundeszeitung ist der Kollege Renninger vom Porzellanarbeiterverband.

Der Keramische Bund mit seinem Sitz und seiner Leitung in Berlin übt die bisherige Tätigkeit des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes, mit Ausnahme der Verwaltungsarbeiten, aus. Zu seinen Aufgaben gehört im besonderen die Interessenvertretung der Mitglieder des Keramischen Bundes, also der Glas-, Porzellan- und Steingutarbeiter und der vom Fabrikarbeiterverband hinzukommenden Arbeiter der Ziegelinindustrie, der Grobkeramik und der Kunststoffindustrie.

Die Bundesleitung und die Leitungen der Branchen betreiben die Agitation, regeln die Lohn- und Tarifstreitigkeiten, leiten im Einverständnis mit dem Hauptvorstand die Lohnbewegungen und wirtschaftlichen Kämpfe in den vom Keramischen Bund erfaßten Industrien ein und führen sie nach Maßgabe des Statuts und der Sonderregelungen durch.

Die Zahlstellenverwaltungen des Fabrikarbeiterverbandes und die in den keramischen Gruppen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen haben sich infolgedessen wegen dieser Interessenvertretung mit dem „Keramischen Bund“ und den für sie in Betracht kommenden Branchenleitungen in Verbindung zu setzen. Anschrift der Bundesleitung: Georg Wollmann, Charlottenburg I, Brahestr. 2/5. Anschrift der Redaktion und der Expedition der Bundeszeitung „Keramischer Bund“: Edwin Renninger, Charlottenburg I, Brahestr. 2/5.

Die allgemeinen Verbandsangelegenheiten, das Stufenwesen, die Unterstellungen, die Betriebsräte-Angelegenheiten, das Bildungswesen usw. werden vom Hauptvorstand in Hannover erledigt. Anschrift: August Brey, Hannover, Nikolaistraße 7 II., Mittelbau.

Anschrift des Hauptkassierers: Karl Köhler, Hannover, Nikolaistr. 7 II., Mittelbau.

Anschrift des Verbandsauschusses-Vorsitzenden: Johannes Wruhns, Wandshel, Lübeckstr. 119 I.

Die neu hinzukommenden Zahlstellen von den jetzigen Verbänden der Glas- und Porzellanarbeiter müssen bis 15. Juli ihre Materialbestellungen in Hannover aufgeben, damit ihnen die Verbandsmarken, Mitgliedsbücher, Karten und alle Geschäftsbücher rechtzeitig zugesandt werden können.

Die Mitgliedsbücher des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes behalten ihre Gültigkeit vorläufig weiter. In diese Bücher ein Deckblatt eingeklebt, aus dem ersichtlich ist, daß ab 1. August 1926 die Mitgliedschaft im Fabrikarbeiterverband fortgesetzt wird.

Jedes Mitglied bekommt das zurzeit geltende Statut des Fabrikarbeiterverbandes und die Sonderregelungen des „Keramischen Bundes“. Ab 1. August werden die Beitragsmarken des Fabrikarbeiterverbandes auch für etwaige rückständige Beiträge geliefert. Die Beitragsleistung vollzieht sich nach den statutarischen Bestimmungen des Fabrikarbeiterverbandes. Der § 9 regelt die Beiträge. Seine wichtigsten Sätze lauten:

1. Jedes Mitglied hat wöchentlich einen Beitrag an den Verband zu leisten. Der wöchentliche Beitrag wird als ein einheitlicher Verbandsbeitrag erhoben und richtet sich nach der Lohnhöhe einschließlich Akkord- und Prämienverdienst.

2. Der wöchentliche Beitrag beträgt als Mindestsatz bei einem Stundenverdienst

	Verbandsbeitrag	Dampfbeitrag	Zusammen
bis 20 Pf.	30 Pf.	5 Pf.	35 Pf.
von 21—30 „	40 „	5 „	45 „
von 31—40 „	50 „	5 „	55 „
von 41—50 „	60 „	10 „	70 „
von 51—60 „	70 „	10 „	80 „
von 61—70 „	80 „	10 „	90 „
von 71—80 „	90 „	10 „	100 „
von 81—90 „	100 „	10 „	110 „
von 91—100 „	120 „	10 „	130 „
von 101—120 „	140 „	20 „	160 „
von 121—140 „	160 „	30 „	190 „
von 141—160 „	180 „	40 „	220 „
von 161—180 „	200 „ u. mehr	50 „	250 „ u. mehr

Bei Akkordlohn und bei Prämien hat die Einreihung in die Beitragsklassen nach dem Stundenverdienste, entsprechend der obigen Staffel, zu erfolgen. Für männliche Mitglieder beträgt der Beitrag mindestens 55 Pf.; die Beiträge von 35 und 45 Pf. können nur von weiblichen und jugendlichen Mitgliedern geleistet werden.

Jugendliche, die als Lehrlinge oder in einem lehrlingsähnlichen Verhältnis beschäftigt werden und keinen Lohn, sondern nur Lehrlingsentschädigung erhalten, zahlen für diese Dauer einen wöchentlichen Beitrag von 10 Pf. Die so geleisteten Beiträge werden beim Uebertritt in die ordentliche Beitragsklasse nach einer Beitragsleistung von mindestens 52 als Vollbeiträge gezählt.

3. Die nach dem Stundenverdienste gestaffelten Beiträge sind Mindestsätze; durch Beschluß der Generalversammlung, der Zahlstelle bzw. der Zahlstellenleiter-Konferenz des Bundes können unter Zustimmung der Bundesleitung und des Hauptvorstandes höhere Beiträge festgesetzt werden.

In zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten mit gleichartiger Lohngestaltung müssen zwischen den in diesen Gebieten liegenden Zahlstellen gleich hohe Beiträge beschlossen und durchgeführt werden.

Als Bundeszeitung für die in der keramischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gilt der für diese Gruppe in Berlin erscheinende „Keramische Bund“. Die Zahlstellenleitungen sollen die Anzahl der erforderlichen Exemplare und die für den Versand notwendigen Adressen an die Expedition in Berlin-Charlottenburg bis 15. Juli angeben.

Für die übrigen Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes ist nach wie vor der „Proletarier“ das Verbandsorgan. Die Ortsverwaltungen des Glas- und Porzellanarbeiterverbandes, zu denen die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes stoßen, die nicht in der keramischen Industrie beschäftigt sind, bestellen für diese den „Proletarier“ in der notwendigen Anzahl von Exemplaren in Hannover.

Jede Zahlstelle erhält für ihre Ortsverwaltungs-Mitglieder und Funktionäre beide Zeitungen in der gewünschten und erforderlichen Anzahl, damit sie sich über die Vorkommnisse im Bund und auch im Gesamtverband jederzeit unterrichten können.

Zur schnellen Berichterstattung über wichtige Ereignisse im Verbandsleben und zur Bekanntgabe von Verbandsnachrichten, die für die breite Öffentlichkeit nicht von erheblichem Interesse sind, wird vom Hauptvorstand ein „Mittelungsblatt“ herausgegeben. Es erscheint je nach Bedarf und wird an die Bevollmächtigten der Zahlstellen gesandt.

Die „Betriebsrätezeitung“ mit der „Volkswirtschaftlichen Beilage“ wird für die Betriebsräte und alle sonstigen sich dafür interessierenden Funktionäre herausgegeben. Die gewünschte und erforderliche Anzahl ist in Hannover zu bestellen. Zur Mitarbeit ist jeder eingeladen; die Redaktion erfolgt durch den Betriebsrätesekretär Otto Adler.

Die für den Verband und die allgemeine Arbeiterbewegung tätigen Kollegen erhalten auf ihren Wunsch neben ihrer Verbandszeitung die „Frauenzeitung“. Bestellungen sind an die Expedition des „Proletarier“ zu richten.

Alle Unterstellungsansprüche werden, wie bisher, bei den Bevollmächtigten bzw. Kassierern angemeldet. Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung erfolgt nach Prüfung der Unterlagen durch den Zahlstellenkassierer oder den dazu beauftragten Auszahler. Dagegen müssen Streik- und Mahregelungs-Unterstützung, Umzugs- und Sterbegeld, Rechtschutz und sonstige Ansprüche bei den Bevollmächtigten beantragt werden. Diese Anträge werden von den Bevollmächtigten nach Hannover weitergeleitet. Zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs werden hierzu entsprechende Formulare vom Hauptvorstand zur Verfügung gestellt. Vor der Zustimmung des Hauptvorstandes dürfen die zuletzt genannten Unterstützungen nicht ausbezahlt werden.

Die Abrechnung für das II. Quartal soll für die anzuschließenden Verbände den Monat Juli mit einbeziehen und erfolgt mit den Zahlstellenkassierern der bisher selbständigen Verbände. Die Abrechnungen und Gelder sind an den Hauptkassierer Karl Köhler zu senden. Zu den Abrechnungen können und sollen die Gauleiter zugezogen werden. Diese sind zu Revisionen auch in der Zwischenzeit jederzeit berechtigt und verpflichtet; ebenso die beiden Verbandsrevisoren in Hannover: Heinrich Sack und der neu hinzukommende Kollege Wilhelm Herden vom Porzellanarbeiterverband.

In den Orten und Zahlstellen, wo die Mitglieder der Verbände der Glas- und Porzellanarbeiter den Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes angegliedert oder Glas- und Porzellanarbeiter vereinigt werden, ersuchen wir die Funktionäre, sich sofort mit den Zahlstellenleitern der anderen Verbände in Verbindung zu setzen, und umgekehrt werden auch die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes sich mit den Vertretern der anderen beiden Verbände verständigen, um entsprechend dem Statut und den Richtlinien den Aufbau der gemeinsamen Verwaltung zu vollziehen.

Nach erfolgter Neu- oder Ergänzungswahl der Ortsverwaltungen sind an den Hauptvorstand in Hannover die neuen Adressen zu übermitteln, damit von diesem ein neues Adressenverzeichnis hergestellt und an die Zahlstellen versandt werden kann.

Der Verkehr mit den Gauleitungen vollzieht sich im großen und ganzen in der alten Weise. Die bisher von diesen bearbeiteten Verbandsgeschäfte werden auch in Zukunft in erster Linie von ihnen erledigt.

Folgende Adressenänderungen sind bei den Gauleitern eingetreten und zu berücksichtigen:

- Hulle und Griesbach, Dresden, Mittenbergstr. 6 III r.
- Dornheim, Gschwend, ab 1. August: Nienau, Neue Straße 7.
- Hoffmann, Düsseldorf, ab 1. August: Bürgerstr. 19 I.
- Gottfried, Köln, ab 1. August: Severinstr. 197/199 IV. (Vollshaus).

Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes heißt seine neuen Mitglieder herzlich willkommen und verspricht, alles zu tun, um die gewerkschaftliche Arbeit in der neuen, größeren Organisation so erfolgreich wie möglich zu gestalten. Er ist überzeugt, daß es den vereinten Kräften gelingen wird, den Gesamtverband und den Keramischen Bund zu einem noch stärkeren Truhballwerk des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs der Arbeiterschaft auszugestalten, als es die einzelnen Organisationen waren. Er erwartet, daß die bisherigen Mitglieder des Verbandes der Glas- und Porzellanarbeiter auch in der gemeinschaftlichen Organisation ihre altbewährte gewerkschaftliche Tradition hochhalten werden. Opferwilligkeit und Ueberzeugungstreue sind die stärksten Tugenden der deutschen Arbeiterschaft. Werden sie auch in Zukunft von den Mitgliedern der vereinigten Verbände ausgeübt, dann ist die Verschmelzung in jeder Beziehung ein Fortschritt für die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung.

Die Leitungen der Verbände der Fabrik-, Glas- und Porzellanarbeiter wissen sich einzig in diesen Auffassungen und Erwartungen und gehen mit Zuversicht an ihre gemeinschaftliche Arbeit.

Mit kollegialem Gruß!

- Für den Fabrikarbeiterverband:
August Brey
- Für den Glasarbeiterverband:
Emil Girbig
- Für den Porzellanarbeiterverband:
Georg Wollmann

Eine starke Steuerungsquelle droht.

Die Sünden der Regierung Luther machen sich bemerkbar. Die Zollgesetzgebung tritt wieder in ein entscheidendes Stadium. Man erinnere sich der Vorgänge von vor einem Jahr. Die deutsch-nationale stark durchsetzte Reichsregierung glaubte den Landwirten entgegenzukommen und letzte Hollzölle für Getreide-Lebensmittel, Lebensmittel-Rohstoffe und Futtermittel fest, die weit über die Wucherpreise in der Vorkriegszeit hinausgingen. Der Zoll für eine Tonne Weizen und Roggen lag bei 60 Mk., so sollten sie nach dem neuen Gesetzentwurf 75 bzw. 70 Mk. betragen. Um die Zentrumswahl zur Zustimmung zu bewegen, wurde auf ein Jahr, bis zum 31. Juli 1926, eine Ermäßigung der Zollsätze von 8 Mk. pro Doppelzentner Roggen und 8,50 Mk. pro Doppelzentner Weizen festgesetzt. Jedoch mit der Maßgabe, daß, wenn inzwischen ein gültiger Handelsvertrag abgeschlossen würde, die dort festgelegten Zollsätze am 1. August 1926 automatisch in Kraft treten könnten. Die Zeit läuft in wenigen Wochen ab. Nun geht es um die Frage, ob der erhöhte Wucherlay von 7,50 bzw. 7 Mk. oberhalb der inzwischen durch den Handelsvertrag mit Schweden festgelegte von 6,50 bzw. 6 Mk. in Kraft treten soll, oder ob die bisher ermäßigten Sätze weiter bestehen sollen. Eine höchst verzwickte Situation.

Was bringt nun der gegenwärtig dem Reichstag zur Ratifizierung vorliegende deutsch-schwedische Handelsvertrag? Um die für das arbeitende Volk wichtigsten Positionen herauszugreifen, würden, falls der Schwedenvertrag in Kraft treten sollte, ab 1. August folgende Veränderungen für 100 kg eintreten:

	bisheriger Satz	nach dem Schwedenvertrag
Roggen	8,-	6,-
Weizen	8,50	6,50
Frangkörner	8,-	6,-
Futtergerste	1,-	5,-
Hafer	2,20	5,-
Weizen, unpoliert	2,50	4,-
Malz, ungedrückt	6,80	12,75
Bohnen, Erbsen, Linzen	1,50	2,50
Butter	22,50	30,-
Mehl	8,-	18,75
Sägemehl	10,-	18,75
Sägemehl	40,-	75,-

Die Sätze des Schwedenvertrages liegen durchschnittlich um das Doppelte höher als die bisherigen Sätze. Wenn dieser Handelsvertrag ohne jede Änderung (Änderungen von Handelsverträgen werden bei der Ratifizierung durch das Parlament vorgenommen) im Reichstag zur Annahme kommt, dann würde in den nächsten Wochen eine gewaltige Preiswelle über das deutsche Volk rasen und den Lebensstandard der breiten Massen weit herunterdrücken. Die landwirtschaftlichen Produkte bewegen sich in der letzten Zeit in steigender Richtung nach oben. Die sogenannte Preisföhre, d. h. der Unterschied zwischen Agrarprodukten und industriellen Fertigprodukten ist geschloffen, die Agrarprodukte stehen im Preise zurzeit sogar etwas über den industriellen Produkten. Wenn nun noch die verdoppelten Zölle ihre Wirksamkeit ausüben aber gar noch eine Währungssteigerung in Deutschland hinzukommen würde, dann sind die Folgen gar nicht auszudenken angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die sehr die Regierung mit Blindheit geschlagen ist, ersieht man an den Zollsätzen für Futtermittel. Man spricht seit langem von der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, man hebt die Notwendigkeit hervor, daß die Landwirtschaft mehr zur Erzeugung der Fertigprodukte (Fleisch, Milch, Milchprodukte usw.) übergehen müsse. Das Gegenteil wird durch die Sätze des Schwedenvertrages erreicht, was an der Erhöhung für Futtergerste, Malz, Bohnen, Erbsen, Linzen, Futterbohnen, Lupinen, Weizen usw. zu ersehen ist. Die viehzüchtende Bauernschaft hat aus diesem Grunde bereits gegen die durch den Schwedenvertrag erkennbare Zollpolitik der Zukunft Protest erhoben. Die Folge dieser Zölle wird sein, daß die in kleinen Betrieben lokalisierte Schweinemast zurückgeht und der ohnehin zu knappe Fleischvorrat noch knapper wird. Wir hatten im Vorjahre eine Reformerte an Roggen und Kartoffeln, dennoch ist dies in einer erhöhten Schweinemast nur wenig zum Ausdruck gekommen, im Gegenteil wurden die Preise gestiegen, weil daneben billige Futtermittel aus dem Auslande fehlten. Kann man sich eine handelspolitische Politik im Zeitalter einer beispiellosen Wirtschaftskrise denken?

Und nun das verrückte Einfuhrsystem. Dieses bleibt natürlich auch nach dem 1. August in Wirksamkeit. Die Einfuhrzölle sind eine spezifisch deutsche Einrichtung; sie dürften in ähnlicher Form in keinem Lande zu finden sein. Sie geben dem Exporteur oder dem Großlandwirt das Recht, bei der Aus-

fuhr landwirtschaftlicher Produkte den jeweils gültigen Zollsatz zu erhalten. Dadurch wird das Preisniveau der landwirtschaftlichen Produkte in Deutschland stets um den Zollsatz höher als die Preisbildung am Weltmarkt sein. Es besteht die außerordentlich große Gefahr, daß jetzt Getreide in Massen ab den gegenwärtig geltenden niedrigen Sätzen eingeführt wird, allein zu dem Zweck, es nach der Erhöhung der Zollsätze wieder auszuführen. Die Folge wäre eine maßlose Bereicherung der Exporteure und Landwirte auf Kosten des Reichs, mithin der Allgemeinheit. Ein Beispiel soll dies klar machen: 1000 Tonnen Weizen, jetzt eingeführt und nach den Sätzen des Schwedenvertrages später wieder zur Ausfuhr gebracht, würden dem Exporteur einen glatten Verdienst von 35000 Mk. erbringen. Preisgeschäfte unanterer Art können also in den nächsten Wochen gemacht werden, deshalb auch die Eile, mit der man die Zollgesetzgebung zum Abschluß zu bringen versucht. Nebenfalls besteht die Gefahr, daß Deutschland vor dem Hereinbringen der neuen Ernte von Getreide vollständig entblößt werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben diese Katastrophensituation früh genug erkannt und in einer Eingabe an Regierung und Reichstag am 16.6. davor gewarnt. Die Gewerkschaften beantragen die durch den § 6 des Zollgesetzes vom 17. August 1925 vorgegebenen Ermäßigungen für die wichtigsten Lebensmittel mindestens für vier weitere Monate in Gültigkeit zu lassen. In der Eingabe heißt es u. a.: Der § 6 des Gesetzes hatte den Zweck, die volle Auswirkung der Zölle auf die Preisgestaltung nur allmählich und in einer wirtschaftlich günstigeren Zeit herbeizuführen. Diese wirtschaftlich günstige Lage ist aber zurzeit, angesichts der seit mehr als einem halben Jahr vorhandenen Wirtschaftskrise nicht gegeben. Die Zahl der erwerbslosen Hauptunterstützungsempfänger hat sich seit der Zeit, wo das Zollgesetz beschlossen wurde, fast verdreifacht, die Zahl der Kurzarbeiter vervierfacht. Infolgedessen ist die Kaufkraft der beschlossenen Verbrauchergruppen demassen geschwächt, daß die höheren Zölle eine für die ärmste Bevölkerung weitere Belastung darstellen würden, die in der Tat unerträglich wären.

Man wird sehen, wie die bürgerlichen Parteien auf das bringende Ersuchen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände reagieren. Aber schon jetzt muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß jetzt oder später erhöhte Zollsätze in Kraft treten. Die Folge ist eine enorme Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen der Bevölkerung. Lohn erhöhungen müssen unter allen Umständen gefordert werden. Doch sind solche in der Krise durchzuführen? Das ist die Frage, die sich uns auf die Lippen drängt. Wenn man die Kraftentfaltung der Arbeiterkraft bei der Abstimmung um die Fürkürnteignung, die einen gewissen Anstoß zu den Zollkämpfen bildete, in Betracht zieht, ist man nicht allzu ruhig gestimmt. Und wie ist es mit den Unterstühtungen der Erwerbslosen? Will man diese Opfer der Krise etwa dem Hungertode preisgeben oder sie zur Verzweiflung bringen? Wir fühlen uns verpflichtet, hier sehr eindringlich davor zu warnen, den Nagel zu überspannen. Der Preis könnte auf den Schützen zurückprallen.

Am ehesten, Arbeitsgenossen in Fabriken, Werkstätten und Ateliers, liegt wieder einmal die Entscheidung. Ihr könnt das Ultimatum auf eure Taschen abgeben, wenn ihr nur einig seid und geschlossen hinter eure Gewerkschaften tretet. Die Zollwelle legt sich wieder in Bewegung, geht acht, daß ihr nicht von ihr verschüttet werdet.

Der Kampf um die Unterstützung der Erwerbslosen.

Eine Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 18. Mai 1926 verlängert die zurzeit geltenden Unterstützungssätze für Erwerbslose unverändert bis zum 3. Juli d. J. Es ist notwendig, daß bis dahin im Reichstag Arbeit darüber geschaffen wird, wie vom Juli ab die Unterstützung der Erwerbslosen zu bemessen ist.

Obere Höhe und Staffelung der Unterstützungssätze für Erwerbslose fanden in den letzten Wochen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften und auch im Reichstag und Reichswirtschaftsrat langwierige Verhandlungen statt. Unter starkem Druck des Reichstages waren die Unterstützungssätze am 17. Dezember 1925 erhöht worden. Aber diese Erhöhung war durchaus unzureichend. Die Gewerkschaften führten daher zu Beginn dieses Jahres erneute Verhandlungen mit dem Ziel einer allgemeinen weiteren Erhöhung. Leider versagte der Reichstag. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden von der Parlamentarischen Mehrheit abgelehnt, und heraus kam lediglich eine ganz bescheidene Erhöhung der Unterstützung für langfristige Erwerbslose, d. h. die bereits acht Wochen lang Unterstützung beziehen. Außerdem wurden ledige Erwerbslose, die nicht im Kreise ihrer Familie leben, etwas aufgebessert. Aber auch diese durchaus unbefriedigende Bemessung der Höchst-

sätze sollte als eine „vorübergehende Erhöhung“ gewissermaßen als „Winteranlage“ gelten und war daher nur bis zum 1. Juli befristet.

Der unbefriedigende Ausgang der Verhandlungen und Verlagen des Reichstages, dessen Mehrheit, beeinflusst durch die unersättliche Gier der Reichsfinanzverwaltung, alle weitergehenden Anträge schroff abgelehnt, veranlaßte die Gewerkschaften, sofort mit neuen Vorschlägen an die Reichsregierung heranzutreten. Verlangt und war von allen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen gemeinsam, die bisher für die Unterstützung der Erwerbslosenunterstützung geltenden Grundsätze zu lassen und an deren Stelle das Prinzip der nach Klassen gestaffelten Unterstützung zu setzen.

Bisher alibierte sich die Unterstützung nach dem Alter der Erwerbslosen und nach drei verschiedenen Wirtschaftsklassen. Innerhalb dieser Wirtschaftsklassen wieder nach leistungsfähigen Ortschaften. Die Unterstützung nach Wirtschaftsklassen (Osten, Mitte und Westen), die feinerzeit der gruppierung der Lohnklassen für Staatsarbeiter nach wurde, hat mit der inzwischen eingetretenen Inflation und Lebenshaltungskosten jeden Sinn verloren. Sie benagt den Osten und bevorzugt den Westen. Gleich ungerecht die nebenher laufende Differenzierung der Unterstützungssätze vier verschiedenen Ortschaften. Die Höchstätze sind daher außerordentlich verschieden, ohne daß der Unterschied der Lebenshaltungskosten an dem einzelnen Orte wirklich gerecht ausgemittelt wird. Es gibt heute einige 70 verschiedene Unterstützungssätze in Deutschland. Sie schwanken z. B. für den ledigen 21 Jahren zwischen wöchentlich 4,10 Mk. und 7 Mk., für die Jahre zwischen 6,70 Mk. und 11,50 Mk., für Verheiratete zwischen 9 Mk. und 15,10 Mk., für Familie mit zwei Kindern zwischen 12,25 Mk. und 20,10 Mk.; sie schwanken im Höchstbetrag zwischen 15,30 Mk. und 24 Mk.

Die Folge ist eine große Unzufriedenheit all der Erwerbslosen in den unteren Ortschaften resp. Wirtschaftsklassen. Andererseits unterscheiden sich am einzelnen Orte die Unterstützungssätze nur nach dem Alter des Erwerbslosen (bis 14 Jahre und über 21 Jahre) und nach der Zahl der unterstützten berechtigten Familienmitglieder. Der früher bestehende Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Erwerbslosen ist Anfang 1925 aufgehoben. Diese Gleichheit der Unterstützungssätze, die nicht den Unterschied des vorher bezogenen Wertes, kann gelegentlich dazu führen, daß bei besonders normalem Lohnstand einzelner Gewerbe, namentlich bei weiblichen Erwerbslosen, die Unterstützungssätze die Höhe der Lohnsätze erreichen oder diese gar überschreiten. Die Zahl dieser Fälle ist sicherlich außerordentlich gering, aber die Tatsache selbst ist zu starken Angriffen auf die Unterstützungssätze und ist starker Hemmschuh für den weiteren Ausbau der Unterstützungen.

Unternehmer und Regierung, besonders die Länderrungen, drängen auf Abänderung der Bestimmungen durch Abschaltung einer Bestimmung in die geltende Verordnung, nach grundsätzlich keine Unterstützung den letzten Lohn der Erwerbslosen erreichen darf. Die Regierung versuchte neuerlich jede Unterstützung grundsätzlich auf höchstens 75 v. H. des letzten Lohnes zu beschränken. Andererseits wird versucht, Bevorzugung des Wirtschaftsklassens III als angeblich über und nunmehr unberechtigt aufzuheben. Daneben laufen Bestrebungen, die letzte, an sich schon unzureichende Erhöhung der Höchstsätze, die angeblich nur eine Sonderhilfe für die Wintermonate darstellte, auf die Höchstätze vom 17. Dezember 1925 zu reduzieren. Die Praxis erlaubt, daß bereits zurzeit weite Gebiete die geltenden Höchstätze nicht angewandt werden. Man bleibt zum Teil erheblich unter diesen Sätzen, insbesondere für weibliche Erwerbslose. Mit dem Argument, die Unterstützung kommt dem Lohn zu nahe, werden die Unterstützungen reduziert. Nun aber nicht nur für einzelne Gruppen sondern besonders niederem Lohn, sondern ganz allgemein für Erwerbslose des Ortes.

In dieser Situation verlangten die Spitzenorganisation der Gewerkschaften an die Stelle der heute nicht etwa einwilligen, sondern im Gegenteil außerordentlich stark und sehr ungerecht gestaffelten Unterstützung die nach Lohnstufen gestaffelte Berechnung zu legen.

Die Zweckmäßigkeit dieses Schrittes ist von einigen Seiten bezweifelt worden. Daß die Kommunisten dagegen wettern von Verrat der Erwerbslosen durch die Gewerkschaften ist nicht tragisch zu nehmen. Den Kommunisten muß eben all zum Guten dienen. Hätten die Gewerkschaften einen anderen Vorschlag gemacht, so wäre dieser Vorschlag Verrat gewesen. Im übrigen berechnet Sowjetrußland selbst seine Erwerbslosenunterstützung sehr munter nach der Lohnhöhe und differenziert darüber hinaus die einzelnen Erwerbslosen so maßgebend, daß sowohl die Unterstützungssätze als auch der Lohn und einem Sechstel des Lohnes schwankt, wie auch der soziale Versorgungsanteil für die einzelnen Erwerbslosen ungleichmäßig ist.

Arbeiterbeherrscher im Wandel der Zeit.

Für die Kollegenchaft nachgezählt von E. R.

Vor zwei Jahren sah ich bei einem Gang durch ein Porzellanwerk einen Führerband auf mich zukommen. Als eine Arbeiterfrau, die gerade aus ihrem Häuschen kommend, den Weg sah, kehrte sie rasch um und begründete ihren Entschluß sich selbst mit den für mich vernünftigen Worten: „Ach Gott, der Herr kommt!“ Und richtig, hinter dem Hund kam auch der Fabrikbesitzer. Mir kam dabei in Erinnerung, daß ja auch wir Kinder gewöhnlich den Weg am Herrenhause, so hieß das Wohnhaus des Fabrikbesitzers, vorbei gingen und daß das Erwünschene tat. Später, als ich ausgereist und meine Stellung gewechselt hatte, ließ mir der „Herr“ den Weg und das Betreten meiner eifriger Wohnung verbieten. Ich nahm an dem Verhalten der Frau wahr, daß auch heute noch bei alten Leuten die „Herren“ gefürchtet sind.

Ja, die „Herren“ waren ehemals Beherrscher ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen, und sie nutzten diese ihre Machtstellung nicht nur zu Ausbeutungszwecken aus. Derartiger „Herren“ mit sehr viel Anmaßung gab es in manchem Porzellanort, auch Direktoren fühlten sich als solche.

Die Wirken zweier Direktoren ist in folgendem in einigen Strichen gekennzeichnet.

Zu Beginn der 1890er Jahre gehörte „sein“ Betrieb zu den größten Porzellanfabriken Deutschlands. Das Geschäft ging flott. Die Belegschaft arbeitete angestrengt. Sie gab ihr Bestes her. Das Porzellan münzte sich in Goldstücke um. Der Segen strömte nur so in die Geldtaschen des Besitzers.

Aber bei all dem Segen konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht froh werden. Je mehr sie sich abmühten, desto weniger verdienten sie. Gelernte Facharbeiter mußten sich mit Besoldungen von 5 bis 16 Mk. zufriedengeben. Ungelehrte Arbeitergehälter: Frauen und Mädchen von 1,50 bis 7,- Mk. Breitere erreichten mit dreißig Jahren ein Gehalt von 1,50 bis 7,- Mk. und wurden als „Mädchen“ bezeichnet. Und trotzdem wurden die Arbeiterarbeiter bei großen und kleinen Entzügen noch mit Abzügen von 20 bis 30 Proz. bedacht. Freizeite, die vor dem schon jahrelang gezeiht wurden, galten einfach nicht mehr, wenn damit über sechs bis acht Wochen erdient erzielt wurden. Die Willkür herrschte und feierte Triumphe. Dabei lag jeder, der es wagte, dagegen Beschwerde zu führen, rückwärts auf die Straße.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen versuchten durch Bitten, Vorreden einzeln und durch die Personalvertreter auf den unangenehm untragbaren Zustand hinzuwirken. Die Folgen waren Anschauungen, Verschlechterungen, Schikanierungen, Entlassungen. Alle Mahnungen blieben unbeachtet.

Die Familien waren übermäßig verschuldet, konnten dem Väter nicht bezahlen, was sie erhalten hatten. Beim Kaufmann standen sie auf der Kreide. Schuster, Schneider und Hauswirte litten darunter. Es sah sehr traurig aus in den Arbeiterfamilien. Das Glend mit all seinen widerlichen Nebenwirkungen machte sich breit.

Dazu kam noch eine Behandlung, die das Blut zum Sieden bringen konnte. Alle Schikanen, die denkbar waren, wurden angewandt, um die Arbeiter und Arbeiterinnen zu plagen. Denunzianten trieben ihr schändliches Handwerk. Eine Stimmung herrschte, bei der kein Arbeiter und keine Arbeiterin mit Angehörigen ihres Lebens froh sein konnte.

Die Erbitterung, Haß und Rachegedanke wuchsen auf diesem günstigen Nährboden.

Da kam es zum Streik. Der größte Teil Facharbeiter hatte das Heil der Organisation erkannt und war im Verband. Verhandlungen waren ernst abgelehnt worden. Der Kampf begann. 1895 war's. Die willkürlichen, jahrzehntelange brutal ausgetriebenen Beschäftigten hatte eine Welle der Empörung erfasst. So dreihundert an der Zahl ehrliche und gewissenhafte Arbeiter standen wie eine festgefügte Mauer. Eine Mauer zweifelhafter Elemente wurde gegen sie losgelassen. Ihre Unterwerfung sollten sie zeigen. Der oberste Gebieter selbst griff ein. In folgender überheblicher Tonart wandte er sich in einem Flugblatt an die Streikenden: Arbeiter! Ihr habt ... wenn ihr glaubt ... wegen eures Verhaltens ... auch daran sind eure Verleerer Schuld ... usw. Jeder Arbeiter sollte fühlen, steht er, euer Brotgeber, lasse mich sogar herab, zu euch zu sprechen. Seht ihr nicht mein großmütiges Entgegenkommen? ... drohte er noch, ihre Haltung werde er ihnen nicht vergessen, selbst wenn sie noch fünfzig Jahre zusammen seien.

Streikenden handelte der Direktor. Lug und Trug mußten die Streikenden über sich ergehen lassen. Die Nachbarfabriken kamen zur Hilfe und machten Streikarbeit. Schwarze Listen trugen die Namen der Unternehmerngeachteten ins Land. Über zweiundzwanzig Wochen hielten die Kämpfer stand. Dann war die Zeit des Abschlusses gekommen. Ein Teil der Lütchigen blieb auf der Straße. Für den Kampf, der sich auch noch auf zwei andere Orte ausgebreitet hatte, waren rund 52000 Mk. freiwillige Spenden eingegangen. Gesiegt hatte keine Partei; aber nachgegeben hätte die Letztere nicht und wenn ein Vermögen verloren gegangen wäre. Dem Arbeiterpad mußte doch die Spitze geboten werden. Vielmehr als die Arbeiter war das Werk geschädigt. Der Macher mußte später die Stätte seines Wirkens verlassen. Ein neuer Direktor wurde eingestellt mit der Aufgabe, den Betrieb wieder auf die Höhe zu bringen. Der Herrscherstandpunkt mußte also eine empfindliche Lücke in den Profittafel gerissen haben.

Der neue Mann. Er versuchte mit den gleichen Mitteln wie sein Vorgänger, die Schlappe auszumergen. Er geriet sich noch auffälliger als der allmächtige Beherrscher. Er war unnahbar.

Wenn die Belegschaft vor dem geplatzt worden war, war sie nun geschubrigelt, gedemütigt und tyrannisiert im wahren Sinne des Wortes.

Ein trauriger Lebensweg der geplagten Arbeiterschaft begann von neuem. Was diese unter dem Regiment des neuen Direktors zu dulden hatte, läßt sich in wenigen Worten nicht schildern.

Die Differenzen rissen nicht ab. Verhandlungen wies man höhnisch ab. Gegen die Organisationsvertrauensmänner entließ sich ein fanatischer Haß. Maßregelungen gab es fortwährend. Der Verband verhängte über den Betrieb die Sperre. Die tüchtigsten Facharbeiter mieden den Betrieb. Dessen Letztum kam jedoch nicht zur Einsicht. Der Denksteil von 1895 hatte nicht genügt. Die Revisionen nahmen überhand. Viele Kommilitäten mit ihren Angehörigen waren die bedrängten Opfer. Die Mißstimmung stieg zum Explosionspunkt. Über die Unternehmerrage wurde weiter geschwungen.

Da begann das Blühen. Andere Leiden und Sorgen lasteten auf den geschundenen Arbeitern und Arbeiterinnen 1918-1919.

Während dieses Zeitpunktes schützten die Arbeiter und Soldatenräte Reich und Volk vor allen Gefahren. Der geistverblörende Militarismus war zusammengebrochen. Die ehemals Verantwortlichen hatten sich verkrüppelt. Die Arbeiter brachten die Dinge in Gang. Ihre Vertreter gaben die Fingerzeige, wie aus einem Trümmerhaufen Neues zu gestalten ist.

Auch im Scharfmacherbetrieb konnte die Belegschaft etwas freier aufatmen. Aber dem Direktor und dem Gebieter war nicht wohl. Sie konnten und wollten sich nicht dazu bequemen, den Arbeiter als Mensch zu achten und zu behandeln. Die Streitigkeiten blieben nicht aus, und doch konnte nun der Verband und seine Vertreter nicht mehr übergangen werden. Das war den Herrschern peinlich und widerwärtig zugleich. Die Bitternis würgten sie aber hinunter in der Erwartung, daß es ja bald anders werden wird, und sie ersehnten so sehr eine Wendung herbei. Frohlockend jubelten sie Kamp mit seinem Aufbruch zu. Über die Freude machten ihnen die Arbeiter zunichte. Ein Generalkrieg zwang die reaktionäre Sippschaft nieder. Und auch die Arbeiterschaft des Betriebes nahm sich den arroganten Direktor vor. Er durfte „seinen“ Betrieb nicht mehr betreten, und die Belegschaft weigerte sich, weiterhin mit ihm zusammen zu arbeiten.

Einer Kommission gab der Mann weinend als Grund seines herrschaftlichen Verhaltens an: Der Porzellanarbeiterverband habe durch Verhängen der Sperre den feinerzeit durch den Streik

riert. Das von dieser Seite in die Debatte geworfene Argument, die Differenzierung nach Lohnklassen trennt die Masse der Erwerbslosen voneinander, ist Unsinn. Denn gerade der Hauptbestandteil der Erwerbslosen, die Masse der Erwerbslosen, ist ein einheitliches Ganzes. Die Differenzierung nach Lohnklassen ist nicht nur eine Klassenunterscheidung, sondern eine Klassenunterscheidung, die die Erwerbslosen in Klassen trennt, die die Erwerbslosen in Klassen trennt, die die Erwerbslosen in Klassen trennt...

Lohnklasse	Einkommen wöchentlich bis zu 10 Mk.	Einheitslohn
I	10-20	15
II	20-30	25
III	30-40	35
IV	40-50	45
V	über 40	40

Noch sollte für die Lohnklassen 1 bis 3 nicht 40, sondern 50 v. H., für die Lohnklassen 4 und 5 40 v. H. des Einheitslohnes als Grundunterstützung für die Lebigen gezahlt werden. Außerdem war mit diesem Beschluß der weitere Beschluß verbunden, daß künftig von einer Prüfung der Bedürftigkeit der Erwerbslosen Abstand genommen werden soll. Auch der Beitrag bei der Reichsarbeitverwaltung beschaffte sich eingehend mit der Frage. Seine Mehrheit stellte sich auf den Standpunkt, daß die Grundunterstützung in allen Lohnstufen nicht 40, sondern 50 v. H., der Zuschlag für Frauen statt 5 10 v. H., der für Kinder unverändert 5 v. H. betragen soll und daß der Höchstbetrag dieser Unterstützung auf 80 v. H. des Einheitslohnes steigen könne. Außerdem fand ein Antrag, gegenüber dem Regierungsentwurf eine weitere Lohnstufe nach oben einzuführen, eine Mehrheit, während ein Antrag der Arbeitnehmer, zwei weitere Lohnstufen aufzulegen, abgelehnt wurde.

Die Regierung hatte die ursprünglich bis zum 1. Mai befristeten Höchstsätze inzwischen bis zum 22. Mai verlängert in der Hoffnung, bis dahin eine Lösung der harti umstrittenen Frage herbeizuführen. Letzteres gelang nicht. Die Regierung vermachte für ihren Entwurf, abgesehen von den Unternehmern und den Länderregierungen, keine Befürworter zu finden für die Gewerkschaften war der Entwurf natürlich unzulänglich. Sie hat daher nunmehr die zurzeit geltenden Höchstsätze bis zum 3. Juni verlängert, und zwar ohne Veränderung. Beabsichtigt war, schon jetzt die geltenden Bestimmungen dahin abzuändern, daß die Unterstützung keinesfalls 75 v. H. des bisherigen vom Erwerbslosen bezogenen Lohnes übersteigen solle. Dieses ist zunächst abgewehrt. Damit ist die Frage natürlich nicht entschieden, sondern nunmehr muß der Reichstag bis Ende Juni eine Lösung finden. Fast scheint es, als habe die Regierung den Geschmack an der „Zwischenlösung“ verloren und als rechne sie damit, ohne die von den Gewerkschaften geforderte Lösung herbeizuführen, Anfang Juli (wo das Parlament ohnehin in die Ferien geht) eine weitere Verlängerung der zurzeit geltenden Regelung herbeizuführen, um dann erst im Herbst, und zwar möglichst durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz eine definitive Lösung zu finden. Damit können sich die Gewerkschaften nicht abfinden. Sie müssen verlangen, daß bereits bis Ende Juni eine für die Erwerbslosen tragbare neue Regelung der Unterstützungssätze gefunden wird.

Diese neue Regelung kann sich aus den eben entwickelten Gründen nur auf dem Boden einer nach Lohngruppen gestaffelten Unterstützung bewegen. Es sei denn, die Regierung und die Unternehmer seien beide bereit, von ihrer anfänglichen Furcht, daß Unterstützung und Lohn sich gelegentlich überschneiden, abzulassen und auf dem Boden des bestehenden Systems einer Verbesserung der Unterstützung zuzustimmen und die bisherigen Mißbräuche im bestehenden System zu verhindern. Da beide dieses natürlich nicht wollen, bleibt nur der von den Gewerkschaften gewünschte Weg. Ueber seine Zweckmäßigkeit und die gegen das Lohngruppenverbot vorgebrachten Bedenken werden wir uns in einem folgenden Artikel eingehend äußern.

Bereinbarung der drei Verbände

bezüglich der weiteren Selbstständigkeit oder Angliederung unserer Repräsentanten an die Verwaltung einer der anderen Organisationen im keramischen Bunde.

(F.-A. bedeutet Fabrikarbeiter, G.-A. Glasarbeiter.)

Selbständig bzw. allein wie bisher oder nach Zutritten aus anderen Verbänden führend bleiben folgende unserer Repräsentanten:
Mentkendorf, Althalbenseben, Annaburg (F.-A. dafelbst dazu), Arzberg, Numa, Bayreuth, mit Sophienthal vereinigt, Bantzenhain, Brantenberg (dazu F.-A.), Coburg (dazu F.-A. des Bezirks), Cobitz (wenn aber einverstanden, erst nach örtl. Vereinbarungen zur Repräsentation Wurz von F.-A.-B.), Eisenberg (dazu F.-A.), Eiterwerda (dazu F.-A.), Franzenau, Fürstentberg a. W. (G.-A. von Roffen hinzu), Germersheim, Gräfenhain (dazu G.-A. v. Nerau u. Geiersthal), Gräfenhain, Grenten, Grünhain, Hirschau (dazu F.-A. von Schwittenbach), Höchstädt, Hohenberg, Ilmenau (dazu F.-A. von Gehren und Geraberg und G.-A. von Ilmenau, Stühlerbach, Langewiesen, Weraberg, Lehrenstuf, Schmiedefeld, Roda bei Ilmenau), Jecha (dazu F.-A. von Sondershausen), Kahla (mit Freienort, Kleinembach, Orlamünde, Bentelsdorf), Raghütte (F.-A. u. G.-A. des Bezirks dazu), Kloster-Weißdorf (dazu G.-A. von Schafersfeld, Sophienau, Schwarzenfeld, Schwarzenborn), Kloster-Wehra, Könnitz, Kronach (dazu F.-A.), Krups, Limbach, Ludwigstadt, Müdenberg, Mainau, Mitterteich (dazu F.-A.), Moschenberg, Mühlhausen i. Vogell, Naila, Neubaldenseben (F.-A. dafelbst dazu), Oberhofen, Ohrdruf, Klause, Köllmühl, Könnitz, Kressig, Neuhau, Reinsberg (F.-A. dazu), Rudolstadt (F.-A. u. G.-A. des Bezirks dazu), St. Georgen, Schauberg, Scheibe, Schirnding, Schleusingen, Schlierbach (benachbarte F.-A. entl. dazu), Schönwald, Schramberg, Schwarzenbach, Selb, Selb-Böhmer, Stabitz (F.-A. dazu), Stablitz (wenn aber einverstanden, dann zu F.-A. in Salzungen), Steinwiesen, Suhl, Tettau (dazu G.-A.), Thiersheim, Tittelbach, Tittelbach (dazu F.-A. des Bezirks Saara und G.-A. von Altwasser u. Freiburg), Waldfallen (dazu F.-A.), Wallhausen, Weiden (dazu G.-A. von Weiden, Reustadt a. W., Erbendorf, Böhmitz-Brud, Windisch-Eichenbach, Trabis, Ullersricht, Frankenreuth, Altenhammer, Rosental, Reisklein usw.).

An die Verwaltungsstellen des FAW oder des GAW werden angegliedert:

Amberg an G.-A. dafelbst, Berlin (mit Spandau und Teltow und G.-A. von Berlin, Teltow, Etzlaub und Köpenick) zu F.-A. Berlin, Bonn zu F.-A. dafelbst, Breslau (mit G.-A. des Bezirks) zu F.-A. dafelbst, Burgau (mit Laasdorf und G.-A. von Jena und Roda) zu F.-A. in Jena, Darmstadt zu F.-A. dafelbst, Dresden (mit Freital-Potschappel) zu F.-A. Dresden, Die Mitglieder von Weizen und Eornewitz gehen in Repräsentation der F.-A. in Weizen über, Düsseldorf (mit Ratingen und G.-A. von Etern u. Gerresheim) zu F.-A. in Düsseldorf, Eisenach zu F.-A. Gotha, Ebersfeld zu F.-A. dafelbst, Elmshorn zu F.-A. dafelbst, Emmerich zu F.-A. dafelbst, Farge zu F.-A. in Bremen, Hirsheim (mit G.-A. von Bubenheim) zu F.-A. in Mainz, Frankfurt a. d. O. (mit G.-A. von Briesen und Finkenherd) zu F.-A. in Frankfurt, Freiberg (mit G.-A. von Freiberger und Brand-Erbisdorf) zu F.-A. Freiberg, Freital zu F.-A. Dresden, Freitalwald in die neu zu bildende Repräsentation der F.-A. in Rauscha, Geringwalde zu F.-A. in Waldheim, Groß-Amerode (mit G.-A. von Kassel, Groß-Amerode und Immensen) zu F.-A. in Kassel, Grünstadt (mit Neuleiningen) zu F.-A. in Eisenberg, Hamburg zu F.-A. dafelbst, Hennigsdorf zu F.-A. in Hennigsdorf, Hamburg zu F.-A. dafelbst, Hennigsdorf (mit Weiten) zu F.-A. in Weiten, Hermsdorf (mit Reichenbach) wird Repräsentation der F.-A. in Vera, Hornberg (mit Zell) zu F.-A. in Offenbach, Karlsruhe zu F.-A. dafelbst, Köln a. Rh. zu F.-A. dafelbst, Köppelsdorf zu F.-A. in Sonneberg, Laasdorf (mit Burgau und G.-A. von Jena und Roda) zu F.-A. in Jena, Lampringe (mit G.-A.) zu F.-A. in Silberheim, Lauf zu F.-A. Nürnberg, Lettin (mit G.-A. von Halle und Burg) zu F.-A. in Halle, Lützen zu F.-A. dafelbst, Ludwigsdorf zu F.-A. in Stuttgart, Maaburg (mit G.-A.) zu F.-A. dafelbst, Mannheim zu F.-A. dafelbst, Marzarethbüttel (mit G.-A. des Bezirks) zu F.-A. in Raunzen, Marktredwitz (mit Walderhof, Wunsiedel, Köslau, Marktredwitz, Kirchenlamitz und Weizenstadt) zu F.-A. in Marktredwitz, Meiningen zu

F.-A. in Salzungen, Neuselwitz (mit G.-A. von Altenburg) zu F.-A. in Altenburg, München zu F.-A. dafelbst, Muzschen zu F.-A. in Würzen, Neuhaus am Rennweg zu G.-A. in Steinach, Neuleiningen (mit Grünstadt) zu F.-A. in Eisenberg, Nossen zu F.-A. dafelbst, Olch zu F.-A. in Mielca, Osterode zu F.-A. dafelbst, Pölla (mit G.-A. des Bezirks) zu F.-A. in Deggendorf, Ratingen zu F.-A. dafelbst, Rosenstein zu F.-A. in Sonneberg, Reichenbach (mit Hermsdorf) zu F.-A. in Vera, Rohlau (mit G.-A. von Dessau, Drantenbaum und Herz) zu F.-A. in Dessau, Rab Schmiedeburg, Bez. Halle, zu F.-A. in Wittenberg, Schwarzenberg i. Neielang zu F.-A. in Hirschberg, Schornberg zu F.-A. in Stuttgart, Schwaben zu F.-A. in München, Schwandorf zu F.-A. in Regensburg, Schwarzenfeld zu Weiden, Sophienthal zu Bayreuth, Spandau zu F.-A. Berlin, Staffel zu F.-A. Limburg, Teltow zu F.-A. Berlin, Uhlstädt zu Rudolstadt, Unterföls zu Rudolstadt, Weiten (mit Hennigsdorf) zu F.-A. Weiten, Walderhof zu F.-A. in Marktredwitz, Weiswasser (mit G.-A.) zu F.-A. dafelbst, Weisel (mit Emmerich) zu F.-A. in Weisel, Weisau zu F.-A. dafelbst, Wittenberg (mit Rab Schmiedeburg) zu F.-A. in Wittenberg, Wunsiedel zu F.-A. in Marktredwitz, Zell (mit Hornberg) zu F.-A. in Offenbach, Zeben zu F.-A. in Etzlaub, Zwidau zu F.-A. dafelbst.

Bezüglich nachstehender Repräsentanten ist über deren Selbstständigkeit oder Angliederung zurzeit noch nicht endgültig entschieden. Sobald eine Verständigung vorliegt, erhalten sie brieflichen Bescheid:
Kobach, Sorau, Tiefenkurt.

Genosse Leipart zum Dawesplan.

Die Berliner Vertretung eines amerikanischen Zeitungs-trusts hatte sich, neben anderen führenden Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, an den Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, mit der Bitte gewandt, seine Ansichten über die Zukunft des Dawesplanes auszusprechen. Auf die drei von seinen drei amerikanischen Zeitungsvertretern gestellten Fragen gab Leipart folgende Antwort:

1. Welche Folgen hat der Dawesplan bisher für Deutschland gehabt?
Der Dawesplan hat meines Erachtens das schwierigste Problem der Reparationen ein gutes Stück seiner Lösung entgegengeführt, indem er es aus der Sphäre militärischer Gewaltakte in die einzig mögliche Bahn wirtschaftlicher Erwägungen leitete. Die dadurch herbeigeführte Entspannung der weltpolitischen Lage ist zum Wohle der Völker lebhaft zu begrüßen. Er bedeutet aber wie jede Abgabe großer Werte aus einer Volkswirtschaft eine sehr schwere Belastung für die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk. Dabei befinden wir uns erst im zweiten Uebergangsjahr, das Deutschland noch eine Art Moratorium gewährt. Der Dawesplan ist also noch nicht in voller Wirksamkeit. Trotzdem spürt schon jetzt das deutsche Volk in allen seinen Teilen den Druck der Steuern, die zur Aufbringung der Reparationslasten nötig sind. Der Steuerdruck verschärft die Wirtschaftskrise, unter der Deutschland zurzeit leidet.
2. Halten Sie den Dawesplan auf die Dauer für ausführbar?
Ich habe bereits hervorgehoben, daß Deutschland noch nicht die vollen Zahlungen zu leisten hat. Deshalb kann ich nicht vorherzagen, ob es später dazu in der Lage sein wird. Man wird aber ganz allgemein überlegen müssen: Womit bezahlt Deutschland seine Verpflichtungen? Doch nur mit der Arbeit seiner Bürger. Es wird also seine Ausfuhr steigern müssen. Dazu ist aber nötig, daß es keine unkontrollierte Konkurrenz aus Valuta-Dumping antrifft, daß also die Währungen der übrigen europäischen Staaten sobald wie möglich stabilisiert werden. Weiter ist nötig, daß die anderen Länder bereit sind, die deutsche Ausfuhr bei sich aufzunehmen. Dazu müssen aber die hohen Zollschranken und die sehr hohen Einfuhrerleichterungen aller Art fallen. Will also die Welt, daß Deutschland zahlt, so muß sie ihm die Möglichkeit dazu geben durch Stabilisierung der Währungen und durch die Bereitwilligkeit, gegenseitig alle Zölle und sonstigen Einfuhrerleichterungen abzubauen.
3. Welche andere Lösung des Reparationsproblems würden Sie vorschlagen?
Es würde eine völlige Verklappung Deutschlands bedeuten, wenn man es auf unbegrenzte Zeit Reparationen zahlen ließe. Man muß also entweder eine begrenzte Zeit oder eine feste Gesamtsumme für die deutschen Zahlungen endgültig bestimmen. Mit meinen Arbeiterfreunden in ganz Europa bin ich darin einig, daß diese endgültige Regelung so beschaffen sein sollte, daß die deutschen Zahlungen nur zur eigentlichen Wiedergutmachung der verursachten Schäden dienen. Das heißt teils der alliierten Mächte und auch seitens der Vereinigten Staaten von Amerika voraus: Verzicht auf die Forderungen an Deutschland, soweit sie Militärpensionen betreffen, und allgemeine Annullierung der gegenseitigen Forderungen und Schulden.

Ich bin überzeugt, daß das amerikanische Volk gerecht urteilt und nicht dafür eintreten wird, daß das deutsche Volk für lange Zeit oder gar für immer Fronarbeit leisten muß. Auch für Deutschland muß die Stunde der Freiheit wieder schlagen.

Berufsschulen und Gewerkschaften.

W. C. Im Anschluß an Pfingsten fand in Hamburg vom 25. bis 28. Mai d. J. ein Deutscher Berufsschultag statt, dem große Bedeutung zugemessen werden muß. An dem Berufsschultag, dem eine Hochschullehrer-Organisation teil, indem sie zu einem gemeinsamen Kongreß zusammentrat. Das Berufsschulproblem ist in Deutschland noch immer Gegenstand grundsätzlicher Auseinandersetzungen. Es sei nur auf die Haltung vieler Unternehmer und Gewerbetreibenden hingewiesen, die der Durchführung des Berufsschulunterrichts im allgemeinen Schwierigkeiten bereiten oder andererseits anstreben, die Schulstunden in die Abendzeit zu verlegen. Ja, es gibt Arbeitgebergruppen, die damit drohen, überhaupt keine Lehrlinge einzustellen, die noch die Berufsschule besuchen müssen.

Die Gewerkschaften haben das stärkste Interesse an der guten Ausbildung des Berufsschulwesens und fordern deshalb den Ausbau des Berufsschulwesens. Es ist auch festzustellen, daß große Teile der Berufsschullehrerschaft an einer Zusammenarbeit mit den Berufsorganisationen der Arbeitnehmer interessiert sind. Darum ist es auch nützlich, wenn die Gewerkschaften in Zukunft mehr und lebhafteren Anteil an dem Berufsschulwesen nehmen. Der Berufsschultag wurde eingeleitet mit einem Vortrag von Prof. Dr. Moys Rischer-München, der über „Die Problematik der Berufszugehörigkeit in unserer Zeit“ sprach und manche wertvollen Gedankengänge entwickelte. Ueber das Thema „Der Weg zur Bildung über Berufsaufbau“ sprach der Ministerialrat Dr. Mühlmann und Studienrätin Sander-Dresden. Der erste genannte Referent fand u. a. anerkennende Worte für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In einem besonderen Kreise referierte Prof. Gräbner-Chernitz über Neuerungen in der Herstellung besonderer Gewerkschaften. Von den übrigen Vorträgen sind noch erwähnenswert die Vorträge von Prof. Sassenbera-Dresden (mit Lichtbildern) über „Industrielle Menschenführung“ und Prof. Duntmann-Berlin über „Menschenkunde als Grundlage der Menschenführung“. Die Aus-

Die Regierung legte nach wiederholten Änderungen einen Entwurf vor, der folgende Aufteilung vorsah:

Lohnklasse	Einkommen wöchentlich bis zu 12 Mk.	Einheitslohn
I	12-18	15
II	18-24	21
III	24-30	27
IV	30-40	33
V	über 30	40

Von dem Einheitslohn sollte der Ledige 40 v. H. als Unterstützung, Erwerbslose unter 18 Jahren der Lohnklasse 3 bis 5 nur 25 v. H. erhalten, der Familienzuschlag sollte für Frau und Kinder je 5 v. H. betragen, wobei die Unterstützung in keinem Fall 65 v. H. des Einheitslohnes übersteigen sollte. Inzwischen hat sich auch der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates mit der geplanten „Zwischenlösung“ beschäftigt. Ein Kompromißantrag fand gegen die Arbeitgeber eine geringere Mehrheit, wobei die Lohnstufen nach den Grundätzen des Regierungsentwurfes für die Arbeitslosenversicherung bemessen werden sollten, nämlich:

Über geschädigten Betrieb das Wiederhochkommen erschwert. Die Sperre habe die leistungsfähigen organisierten Arbeiter verhindert, den Betrieb zu meiden. So habe er mit der Zeit einen Fuß und Aergers auf den Vorgesetztenverband bekommen und dessen Verbreitung im Betrieb, so gut es ging, verhindern, und zwar auf höhere Weisung. Daran, daß er die Arbeiterkraft nicht immer so behandelt habe, wie sie es wünschte, seien keine Anfechtungen schuld, die ihm alles zuzutragen hätten. Er sei ein, daß er nicht immer richtig gehandelt habe, und wenn die Arbeiterkraft weiter mit ihm arbeiten wolle, solle sie zu Klagen keinen Anlaß mehr haben.

Das war des früher allmächtigen Direktors Befehl in einer bedrängten Lage. Die Belegschaft kannte ihn besser und verzichtete auf Verzeihen. Sie lehnte mit 99 Proz. ein weiteres Zusammenarbeiten ab.

Er war gerichtet, seine Läten nicht gerächt. Die Belegschaft verzichtete nicht mit gleicher Mäße.

Dieses Verachtungsurteil der Belegschaft wurde kurz darauf von zwei Organisationsvertretern schriftlich bestätigt. Ein Dokument der Warnung für eingebilte Verneigung. Sie mögen sich zeigen lassen.

So wandelten sich Zeit, Verhältnisse und die Macht einft unumkehrbarer Herrscher und Gewalthaber, Verächter aufrichtiger Arbeiter und ihrer Verbandsvertreter. Nicht einer der Vorgesetzten Wehreten und Gepinanten verfuhr nach ihrer Art und nahm Rache für erlittene Unbill.

Die Arbeiter blieben ihrer edlen Gesinnung treu und zeigten sich als Charaktere.

Die Lehre für die Arbeiter: Der Zusammenhalt in der Gewerkschaft, einheitlicher Wille im Handeln, entschlossene Kampfeskraft, jahrelang geübt, verbürgen den Sieg nicht nur über gewerkschaftsfeindliche Direktoren und Unternehmer, sondern über unsere Gegner überhaupt. Gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo man so viele misstrauisch, gleichgültig und feindselig werden wollen, muß man das die Arbeiter beherrschen. Selbst der geringste Widerstand, hartes Leid, zermürbendes Elend dürfen für die Arbeiterkraft nicht Ursache sein, ihre Gewerkschaft zu verlassen und Verzicht auf das Ziel zu leisten.

Was ehemals unseren Mitgliedern und Vertrauensleuten eintragen angetan wurde, müssen in anderer Form insofern künstlich erhaltenen Arbeitslosigkeit gegenwärtig Hunderttausende über sich ergehen lassen.

Nicht nutzlos werden, zur Fahne gestanden! Vergeßt nicht, was euch angetan. Auch für euch kommt ein Gerichtstag wieder. Die Zeit ist mit uns und unserem Streben.

föhrungen des Lehrgenannten müssen zum schärfsten Widerspruch herausfordern. Was dieser Herr Professor, der für den Reichsverein der Berufsschulen sprach, ausführte, stellt eine Brüstung und Herabsetzung der gesamten Arbeiterbewegung dar. Ausgedruckte Leitsätze, die dem Vortrage zugrunde liegen, ist folgender Schlusssatz recht interessant und ideologisch die Auffassung dieses Unternehmervertreters wider: Die ideologisch-gewerkschaftlich und parteipolitisch infizierte Klasse bildet das größte Hindernis der Eingliederung des Arbeiters in den Betrieb. Diese Ideologie kann im Betrieb nicht überwunden werden, auch nicht außerhalb durch Gegenbewegungen seitens der Unternehmer. Sie kann aber im Betrieb ausgeschaltet werden durch das persönliche Vorbild und Beispiel aller vorgeleiteten Betriebsleiter, für welche jene Ideologie auch absolut keine Rolle spielt. Die Arbeit im Betrieb folgt ihren eigenen Gesetzen und Notwendigkeiten, nicht utopischen Zielen, die nur hinderlich sind. Und nur das Beispiel lehrt und sie glauben.

Die auf dem Deutschen Berufsschultag anwesenden Vertreter freier Gewerkschaften haben sich daraufhin veranlaßt, dem Verband der Reichsvereine hauptamtlicher Lehrkräfte an Berufs- und Fachschulen eine Erklärung zu übermitteln, die folgenden Wortlaut hat: „Die von der Leitung des Deutschen Berufsschulstages 1926 in Hamburg eingeladenen und anwesenden Vertreter der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten geben nach dem gehörten Vortrage des Herrn Professor Duntmann in Berlin: „Menschenkunde als Grundlage der Menschenführung“ und den dazu vorliegenden Leitsätzen folgende Erklärung ab: Die im Referat und in den vorliegenden Leitsätzen geäußerten Gedankengänge stellen eine grobe Herabsetzung und Brüstung der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften dar und verkennen völlig die Bedeutung derselben für Volk und Staat. Da dem Referat eine Aussprache nicht folgte und somit die Darlegung unseres Standpunktes nicht möglich wurde, bringen die Unterzeichneten durch diese Erklärung lediglich zum Ausdruck, daß nach den dargebrachten Ausführungen des Herrn Prof. Duntmann die im Interesse der Förderung des Berufsschulwesens erwünschte Zusammenarbeit aller Kreise auf das ernsteste gefährdet worden ist.“

Da es der Zeitung nicht möglich erschien, diese Erklärung, wie gefordert, in öffentlicher Tagung zur Verlesung zu bringen, wurde sie dem veranstaltenden Spitzenverband der Berufsschullehrkräfte nochmals mit dem Bemerkten zugeht, daß die auf dem Kongress anwesenden Vertreter der freien Gewerkschaften dafür Sorge tragen werden, daß die Auffassungen von Prof. Duntmann allen Kreisen der Gewerkschaftsbewegung zugänglich gemacht würden. Die Bestrebungen, den Jugendlichen und den Arbeiter vollkommen dem Betrieb zu überantworten, stellen eine Gefahr dar, die erkannt werden muß. Es ist hier nicht der Raum, darüber eingehend zu reden. Es sollte allerdings zu denken geben, daß solche Ausführungen im Rahmen des Deutschen Berufsschulstages gemacht werden konnten.

Aufgabe der Gewerkschaften muß es sein, sich mehr noch als bisher um die schulische Bildung innerhalb der Berufsschulen zu kümmern und zu versuchen, maßgeblichen Einfluß auf die Gestaltung des Unterrichts, des Lehrstoffes usw. zu gewinnen. Aus den Reihen der geschulten und fachkundigen Vertrauensleute sollten auch Kräfte herangezogen werden, die praktisch an der Berufsschularbeit teilnehmen. Dadurch ist es möglich, Hand in Hand mit den Berufsschullehrern die Ausbildung der erwerbstätigen Jugend bestens zu fördern.

Von unseren tariflichen Schiedsinstanzen.

In Nr. 24 der „Ameise“ wurden unsere tariflichen Schiedsinstanzen einer kritischen Betrachtung unterzogen und dabei auf ein Urteil des Gau-Schiedsamtes für Nord- und Ostdeutschland in Sachen Staatsmanufaktur Berlin kontra Affordarbeiter verwiesen, das wir für ein Fehlurteil hielten.

Das Oberschiedsamt hat nun in einer Sitzung am 6. Juni in Leipzig dieses nach unserer Ansicht völlig schiefe und abwegige Urteil des Gau-Schiedsamtes bestätigt. Die im Schiedspruch des Gau-Schiedsamtes angeführten Gründe seien zutreffend, so heißt es im Schiedspruch des Oberschiedsamtes. Damit hat sich unserer Meinung nach das Oberschiedsamt mit allen seinen Rechtsgelehrten eine schallende Ohrfeige verschert. Denn in seinem ersten Urteil hatte bekanntlich das Oberschiedsamt gesagt:

„Ein Rechtsanspruch, daß die Staatliche Porzellanmanufaktur verpflichtet ist, die Affordarbeit als Zeitlohngrundlage zu zahlen, kann beruhen auf Gewohnheitsrecht oder auf Vereinbarung (mündlich oder schriftlich).“

Für die Annahme der Bildung eines Gewohnheitsrechts fehlt es an den erforderlichen Unterlagen.“

Die Unterlagen waren einwandfrei da. Aber vom Gewohnheitsrecht pfeift das Oberschiedsamt gar nichts mehr. Auch dem Oberschiedsamt gegenüber bleiben wir bei unserem im ersten Artikel gemachten Ausruf: „O heilige Justitia, höher geht's nimmer!“ Und dazu hat man auch noch zwei Jahre gebraucht. Arbeiter, wenn sie so arbeiten täten, bekämen wahrlich von jedem Arbeitgeber den Laufpaß.

Die im Zeitlohn stehenden iontigen Arbeiter der Staatsmanufaktur Berlin verlieren dadurch das Recht, daß die Affordarbeit für Groß-Berlin ihren Grundlohn bildet. Dieses Recht haben sie jahrelang gehabt, jetzt hat man es ihnen genommen. So sieht das Wohlwollen der Direktion der Staatsmanufaktur in Berlin aus.

Gewerkschaftliches.

Berufsjewehrmänner. Der 11. Verbandstag des Verbandes deutscher Berufsjewehrmänner, der vom 8. bis 11. Juni in Bremen tagte, hat den zur Beratung gestellten Anschließ an den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter abgelehnt. Die Verammlung begründete diese Haltung damit, daß Verschmelzungsbestrebungen, die das Ziel haben, die freigewerkschaftliche Kommunalbeamtenbewegung vorwärts zu treiben, die Bildung einer selbständigen Kommunalbeamten-gewerkschaft als Grundlage annehmen müßten.

Gewerkschaftliche Frauensührerin. Am 22. Juni d. J. vollendete Gertrud Hanna ihr 50. Lebensjahr. In Berlin geboren, wurde sie Buchdruckereihilfsarbeiterin und trat schon in ihrer Jugend der gewerkschaftlichen Organisation ihres Berufes bei. Bereits mit 21 Jahren wurde sie Vorstandsmitglied ihres Verbandes. Daneben war sie in der allgemeinen Arbeiter- und Frauenagitation tätig und wurde 1907 von der Generalkommission als erste besoldete Sekretärin des Arbeiterinnenkomitees angestellt. Seit Jahresbeginn 1916 leitet sie die Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung. Als eine hervorragende in der Organisation der Hausgehilfen tätig. Nach dem Kriege wurde sie in den Preussischen Landtag gewählt. Gertrud Hanna hat das Proletariat der Frau in der Welt erlebte und geht vollständig in der Arbeiterbewegung auf. Wir wünschen dieser stolzen in der Arbeiterbewegung und für weiteren Schaffen im Dienste der werktätigen

Wirtschaftliches.

Das Meer der Trustgebiete. Die beiden in Deutschland aus der Entwicklung der letzten Jahre herausgewachsenen großen Industriezweige der IAG Farbenindustrie A.-G. und die Vereinigten Stahlwerke A.-G. benötigen natürlich auch eine große Anzahl von leitenden Personen. Beim Farbstofftrust sind nicht weniger als 40 ordentliche und 43 stellvertretende Vorstandsmitglieder amtsgewaltig eingetragen. Bei der Gründung dieses Trusts wurde mehr als einmal betont, daß man auf die Rationalisierung der Produktion das größte Gewicht zu legen wünscht und jeder Leerlauf innerhalb des großen Organismus vermieden werden solle. Da ist es interessant festzustellen, daß die sechs Konzernwerke, die in der IAG Farbenindustrie

zusammengeschlossen wurden, vor dem Zusammenschluß 32 ordentliche und 37 stellvertretende Vorstandsmitglieder aufzuweisen hatten. Diese Zahl hat sich nach dem Zusammenschluß also um 20 Prozent auf 38 vermehrt. Man scheint also den Abbau auf die Rationalisierung vor unten bei den kleinen Angestellten und Arbeitern durchzuführen zu wollen.

Der Stahltrust, die Vereinigten Stahlwerke A.-G. hat 39 ordentliche und 13 stellvertretende Vorstandsmitglieder amtsgewaltig eintragen lassen. Es sind hier allerdings nicht soviel leitende Personen als beim Farbstofftrust vorhanden, aber diese Zahl dürfte auch bei dem Stahltrust vollkommen genügen. Zeichnungsberechtigte Prokuristen gibt es beim Stahltrust 120. — Alles in allem ein stattliches Heer von Trustgebietsleitern! Aber in Wirklichkeit sind es ja nur ganz wenige Personen, die die Kommandogewalt über solche riesigen Sachwerte ausüben. Die gesamten deutschen Aktiengesellschaften verfügen über ein Gesamtkapital von 18,7 Mill. Die beiden obengenannten Großunternehmen kontrollieren hiervon den rund zehnten Teil.

Die Rolle der Großbetriebe in der Produktion. Auf die Rolle, die die Großbetriebe in der Produktion spielen, wies der Staatssekretär der Vereinigten Staaten Mellon vor kurzer Zeit mit folgenden Worten hin: „Der Wohlstand Amerikas entstammt zwei Quellen; einerseits von den großen natürlichen Schätzen des Landes, in einem sehr viel größeren Maße aber von der Leistungsfähigkeit der amerikanischen industriellen Organisation. Rationalisierung der Betriebe, arbeitssparende Methoden haben Amerika zum reichsten Lande der Welt gemacht. Die amerikanische Industrie ist ungefähr 40 Jahre alt; ihre Devise ist: Großer Maßstab der Produktion. Produktion im großen Stile bedingt einheitliche Produkte; diese waren nun billig herzustellen und ermöglichten erhöhten Verbrauch. Billige Massenprodukte machten Dinge zu Lebensnotwendigkeiten aller, die man noch vor kurzem als Luxus weniger betrachtete. Wir finden jetzt, daß die große Organisation der Industrie die Produktion stabilisiert und dem Verbraucher die standardisierten Produkte am billigsten verschafft.“ — Sicher sind diese Meinungen nicht in allen Ländern anwendbar, weil einfach die Verhältnisse dazu nicht gegeben sind. Dennoch kann der Großbetrieb in jedem Lande eine mehr oder weniger große Revolutionierung der Produktion hervorrufen und die Produkte durch zweckmäßige Rationalisierung verbilligen. In Deutschland macht die Entwicklung zum Großbetrieb gerade in den letzten Jahren mächtige Fortschritte. Wir werden sehen, ob auch hier jene Verbilligung der Produkte wie in den Vereinigten Staaten verzeichnet werden kann.

Bermischtes.

Uebersetzung des industriellen Bewältigungsgrades. Es ist bekannt, daß die Industrien auf allen Gebieten Sparmaßregeln predigen. Nicht so sparsam wirtschaften sie im eigenen Hause. In einer der letzten Nummern der Zeitschrift „Der Kommunalbeamte“ finden wir bezüglich des Büroapparats der Industrie- und Handelskammern folgendes: „Die Handelskammer Du. (Duisburg?) besaß 1913 an Personal: 1 Syndikus, 2 wissenschaftliche Hilfsarbeiter, 1 Bürodirektor und 8 weitere Angestellte und Beamte; 1925 aber hatte sie 1 Ersten Syndikus, 1 Zweiten Syndikus, 2 stellvertretende Syndici, 3 Dezernenten, 2 Leiter von Zweigstellen, 4 wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Büro-direktor, 1 stellvertretenden Bürodirektor und außerdem 25 Beamte und Angestellte — also eine Personalvermehrung von mehr als 300 Proz. In der Handelskammer E. (Essen?) beträgt die Vermehrung seit 1913 333 Proz., und bei der Handelskammer D. (Düsseldorf?) sogar 370 Proz.“

Von der Keramikindustrie.

Vorbereitende Stillelegung. Die Fürstenberger Porzellanfabrik A.-G. in Fürstenberg a. b. Weiser stellt ihren Betrieb für einige Wochen ein. Die Leitung gibt dazu bekannt, daß der Auftragsmangel lediglich eine Folge der schlechten Lage auf dem Inlandsmarkt ist. Die Monate Juni, Juli seien immer schwache Geschäftsmonate gewesen.

Porzellanfabrik Fraureuth A.-G. Ueber dieses Werk bringen bürgerliche Zeitungen folgende Darlegungen: Das künftige Geschick der Porzellanfabrik Fraureuth beschäftigt dringend viele Kreise des Ortes, denn von der Porzellanfabrik lebte in der Hauptsache Fraureuth. Bis zu den Zahlungsschwierigkeiten wurden in der Porzellanfabrik Fraureuth, die in der Inflationszeit einen ungeheuren Scheinflug nahm und sich ins Riesenhafte entwickelte, über 1000 Personen beschäftigt. Jetzt steht der Betrieb seit langer Zeit völlig still, und auch die Werbauer Waggonfabrik, die viele Fraureuther Einwohner beschäftigt, mußte größere Entlassungen vornehmen, die auf die Wirtschaftslage der Geschäftsaufsicht über die Porzellanfabrik zahlte diese nur ganz unregelmäßige Löhne aus, und vielfach mußten sie sogar eingeklagt werden. Die Folge war eine Verschuldung der Arbeiter und Angestellten den Fraureuther Geschäftsführern gegenüber, die heute noch lange nicht gehoben ist, da ja die Arbeiter und Angestellten an die Fabrik heute noch eine Forderung von 178 000 Mk. haben. Mehrfach wurden den Arbeitern Porzellane verpfändet, die meist unter ihrem Werte zu Geld gemacht worden sind, so z. B. ein wertvolles Musterlager in Dresden, das einen Wert von 15 000 Mk. barstellte und für nur 2000 Mk. in die Kasse ging. Jetzt ist nur der Anfang auf Konkursöffnung gestellt worden, ob sich aber der Konkurs eröffnen läßt, das ist noch die Frage. Bis jetzt ist es noch nicht geschehen, wohl aber ist die Geschäftsaufsicht beendet, und heute, Sonnabend, hat das Amtsgericht Greiz ein allgemeines Verkaufsverbot zum Schutze der Masse erlassen. Zur Sanierung wären etwa 2 Millionen erforderlich gewesen und etwa eine halbe Million als Betriebskapital. Diese Sanierung ist nicht glückt. Nun fehlt es an baren Mitteln zur Weiterführung eines Teiles des Betriebes, denn ein großer Posten halbfertiger Ware ist wertlos, wenn nicht die völlige Fertigstellung erfolgen kann. Das würde etwa drei Monate Arbeit bedeuten, natürlich nur für einen Teil der Belegschaft. Nur durch Zurückveräußerung einiger Pfländer wäre Geld zu beschaffen. Wie verläuft es gut möglich gewesen, einen großen Teil der jetzt auf 700 000 Mk. angelauteten Steuern feiergeigt noch zu bezahlen abzugeben, wenn die Oberleitung das nicht ver-

boten hätte. Die Fabrik war von der Steuer zweifellos überschätzt, weil man nach außen den Eindruck hatte, als das Werk glänzend da. Vorläufig hofft man noch immer eine Lösung, die für das Meer der hiesigen Arbeitslosen dadurch für den ganzen Ort wieder Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten bringt. — Vielleicht äußern sich auch einmal an dortigen Kollegen zur Sache.

„Keramag“ Keramikwerke A.-G. Bonn. Diese Gesellschaft umfaßt die beiden Hartsteingutfabriken in Wefel-Fürstheim, sowie die Feuerzementfabrik in Ratingen. Die betr. stillen sanitäre Artikel aller Art her und sind englische Erzeugnisse, die im Laufe des Krieges von Reichs wegen laubig wurden. Sie gingen dann in den Besitz der „Keramag“ in einer Gesellschaft, die von der Bank für Thüringen kontrolliert wurde. Die Verhandlung der früheren und bisherigen Neuerung ist in den letzten Wochen nun soweit gediehen, daß ein großer Kosten Aktien wieder in englische Hände, wahrscheinlich früheren Besitzer, überging. An dem Vorgang ist wieder einmal zu erkennen, daß die Kapitalisten sich über die Ausbeutung der Arbeitenden stets einig werden trotz bestehender Landsgrenzen. Den Arbeitern wird jedoch ihre gegenseitige Rehabilitation von einem Teil kapitalistisch eingestellter Anhänger übert. Wenn zwei daselbe tun, so ist es nicht daselbe, sondern die nationalistischen Kreise. Den Belegschaften der drei Werke ist gleich sein, für wen sie Profite herausziehen. Wenn annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen haben wollen müssen sie sich diese doch erst mit Hilfe ihrer Gewerkschaft kämpfen. Freiwillig bekommen sie weder von den deutschen noch von den englischen Aktienbesitzern eine Verbesserung der Verhältnisse zugesprochen, und soünftig wie die Belegschaft konnten sie noch nie von ihrem Lohnetat berichten. — Ueber den Geschäftsabschluss vom Jahre 1925 wird von der „Keramag“ berichtet, daß sie nach reichlichen Abschreibungen (312 145 M.) mit einem Reingewinn von 596 797 M. gegen 458 492 M. im Vorjahre abschließt, der eine Dividende von 10 Proz. ermöglicht. In der Bilanz erscheinen u. a. Debitoren mit 978 338 M.-Mk. (837 851 M.-Mk.), Vorräte an fertigen und halbfertigen Waren mit 666 396 M.-Mk. (560 605 M.-Mk.), Rohmaterialien mit 323 009 M.-Mk. (259 617 M.-Mk.), Gläubiger mit 290 060 M.-Mk. (264 972 M.-Mk.). Wie im Geschäftsbericht angegeben wird, ist das verflozene Geschäftsjahr im allgemeinen günstig verlaufen, so daß eine volle Beschäftigung der Werke aufrecht erhalten werden konnte. Die Beschäftigung in Deutschland befriedigend, während sie nach dem Auslande infolge des starken Wettbewerbes erschwert gewesen sei. Im neuen Geschäftsjahr sei der Umsatz der ersten Monate gegenüber den Vorjahre zurückgeblieben; in den letzten Wochen habe sich jedoch wieder eine Belebung des Geschäftes bemerkbar gemacht.

Porzellanfabrik C. Tielisch & Co. A.-G. Altwasser. Dieser Gesellschaft heißt es, sie verzeichnet einen Betriebserlös von 85 620 M.-Mk., der sich noch erhöht durch Abschreibungen um 70 440 M.-Mk. auf insgesamt 156 060 M.-Mk. Die Vermögenslage vor der Deduktion bei 160 000 M.-Mk. betragen Umstellungreserve heranzuziehen, während die ordentlichen Reserverfonds in Höhe von 267 867 M.-Mk. intakt bleiben. — Soweit das Bauprogramm auf den Geschäftsbericht eingewirkt haben kann, läßt sich aus den Angaben nicht ersehen. Das Geschäftsjahr 1925 an sich war für die Porzellanindustrie betrachtet mit gesundem Geschäftsbetrieb kein Verlustjahr.

Rudwig Wessel A.-G. für Porzellan- und Steingutfabrikation in Bonn konnte ihren Umsatz nicht unwesentlich steigern und war auch für den erheblichen Teil des abgelaufenen Jahres gut beschäftigt. Sie weist nach ihrem Abschluß für 1925 einen Verlust von rund 70 000 M.-Mk. aus, der aus der 200 000 M.-Mk. umfassenden Rücklage gedeckt werden soll. Die gemachten Verlust im Verein mit den Kosten für den Wiederaufbau der im Februar d. J. von einem Schadenfeuer betroffenen Fabrikteil liehe eine vorläufige Bewertung der Warenvorräte angebracht erscheinen. Inzeit sei das Unternehmen mit Exportaufträgen gut beschäftigt. — Aus der Nachricht kann man wohl entnehmen, daß der Verlust hauptsächlich infolge des Neubaus entstanden sein kann.

Porzellanfabrik zu Kloster Weilsdorf. Während der ersten acht Monate des vergangenen Jahres war das Unternehmen in allen Abteilungen sehr gut beschäftigt; auch während der Zeit konnte die Arbeiterschaft gut durchgehalten werden. Die wirtschaftlichen und brenntechnischen Einrichtungen wurden wesentlich verbessert, um den scharfen Preisrückgang in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wenigstens teilweise auszugleichen. Das Exportgeschäft wurde weiter ausgebaut. Einschließlich Vortrag verbleibt nach 87 649 Mk. Abschreibungen ein Reingewinn von 98 385 (35 437) Mk., aus dem die Vorzugsaktien 6 (6) v. S. Dividende und die Stammaktien 5 (0) v. S. erhalten Vorgetragen werden 53 045 (53 737) Mk.

Aus unserem Beruf.

Zeltow. Einer unserer Besten, der Kollege Jakob Bill, emschlieft nach längerer Krankheit am 5. Juni. 32 Jahre arbeitete er in der Gewerkschaftsbewegung mit und erwarb sich nicht nur als Gewerkschafter, sondern auch als Betriebsrat das Vertrauen seiner Kollegenschaft. Sein Alter war kein Hindernis, sein Geist war der Stärkere bis zu dem Zeitpunkt, dem seiner widerstehen kann. Er war stets bereit, als Kämpfer in der Front zu stehen für das Banner der Freiheit, unter welchem er auch seine letzte Fahrt als Freibender vollzog. Sein Geist wird weitergetragen werden, seine Saat wird Früchte tragen, und sein Andenken in Ehren gehalten werden von der Zeltower Arbeiter-schaft.

Zahlstelle Berlin-Charlottenburg.

Galanteriemaler. Branchenversammlung Dienstag, 6. Juli, abends 6 Uhr, im Büro, Naumburgstr. 85.
Schilbermaler. Vertrauensmännerversammlung Dienstag, 6. Juli, abends 7 Uhr, bei Wollschläger, Alsbekstr. 21.

Adressenänderung.

Grünstadt. Schriftl.: Franz Franke, Grünstadt, Ober-gasse 44.

Gold-Schneiderei Willig Ortleb

Telephon Nr. 112 Kahla (Thür.) Salz-Strasse 17
Ankauf von allen Goldabfällen, speziell Goldschmied und -Lappen. — Allerhöchste Preise. — Sofortige Kasse. — Postsendungen werden innerhalb 2 Tagen erledigt und für 1gr gute Goldschmelze je nach Qualität bis Mk. 1,70 bezahlt. (7/27)

Älterer Dreher, erfahren in allen vorkommenden Arbeiten der Dreherei, Vieherei, Stanzerei, firm im Schablonenfeilen, sucht Stellung. Gute Zeugnisse, darunter Oberdreherzeugnisse, vorhanden. Angebote an „Die Ameise“ unter „F. 82“ erbeten.

Welche Porzellan- oder Steingutfabrik hat Interesse an einem Unterglatur-Druckverfahren, bei dem ein Vergluben nicht gebraucht wird. Besonders geeignet für Hotel- und Kleinarbeit. Gefl. Offerten unter „F. 81“ an „Die Ameise“ erwünscht.

Emil Böhme, Eisenberg i. Thür.

Goldschneiderei / Begründet 1891
kauft sämtliche Gold- und Silberabfälle
Bestes Einkaufsgeschäft dieser Art (4/27)

Tätiger, zuverlässiger Dreher, welcher mit der Beschäftigung vollkommen vertraut ist, auch auf Schweißarbeiten, Blatt und Hubel arbeiten kann, im Schablonenfeilen und Anfertigen von Leuten zur Dreherei und Vieherei firm ist, sucht Stellung. Hat ein feuerfestes Hochgeschirr, als Kapselbeher und als Mengier gearbeitet. Sehr gute Zeugnisse vorhanden. Gefl. Angebote an die Geschäftsstelle der „Ameise“ unter „F. 80“ richten.

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen. — Verantwortlicher Red.: Edwin Renninger, Charlottenburg I, Braßstr. 2-5. — Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg I, Braßstr. 2-5. — Druck: E. Sanitzsch, Berlin SW., Elisabethufer 28/29.